

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 37 (1958)  
**Heft:** 8  
  
**Rubrik:** Chronik des Monats

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## CHRONIK DES MONATS

### *Innenpolitik*

Mitten in der Ferienzeit mußte der Vorstand der SPS einberufen werden, damit die zahlreichen Resolutionsanträge, die für den am 4./5. Oktober in Luzern stattfindenden Parteitag vorliegen, rechtzeitig bereinigt und den Sektionen zugestellt werden können. Über den Verlauf der gutbesuchten Vorstandssitzung erstattete die Parteikorrespondenz folgenden Bericht:

«Die Geschäftsleitung und der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz traten Freitag und Samstag, den 8. und 9. August, in Zürich zusammen zur Beratung und Bereinigung der Traktandenliste und der Anträge für den außerordentlichen Parteitag der SPS vom 4. und 5. Oktober im Kongreßhaus Luzern; den Vorsitz führte der Parteipräsident, Nationalrat Walther Bringolf. Trotz ferienbedingter Abwesenheit einer größeren Zahl von Mitgliedern des Parteivorstandes war die Teilnahme an der Sitzung zufriedenstellend.

Im Vordergrund stand die Behandlung der Anträge zur *atomaren Bewaffnung der schweizerischen Armee*. Zu diesem Punkt der Tagesordnung für den außerordentlichen Parteitag lagen fünf in selbständige Resolutionen zusammengefaßte Anträge vor. Die Geschäftsleitung hatte diese Anträge eingehend besprochen und legte dem Parteivorstand das Ergebnis ihrer Besprechung vor. Nach einem einleitenden Votum des Parteipräsidenten beteiligten sich 15 Redner an der lebhaften und eingehenden Diskussion. In der Abtimmung war über die selbständig eingereichten Resolutionsanträge von Nationalrat Dr. F. Giovanoli, Bern, Camille Brandt, Neuenburg, Hans Nägeli, Zürich, Dr. Arthur Schmid, Aarau, und Parteipräsident Walther Bringolf zu entscheiden. Die Anträge Giovanoli/Brandt lehnten grundsätzlich jede Beschaffung von Atomwaffen für die schweizerische Armee ab. Der Antrag Hans Nägeli befürwortete ebenfalls die grundsätzliche Ablehnung, mit der ausdrücklichen Betonung, daß die konventionelle Bewaffnung unserer Armee ausreichend sei für Verteidigungszwecke. Sollte die Bundesversammlung auf Antrag des Bundesrates Atomwaffen beschließen, so knüpft der Antrag Nägeli die Bedingung einer Volksabstimmung an einen derartigen Entscheid.

Der Antrag Arthur Schmid trat für die vorbehaltlose zusätzliche Bewaffnung unserer Armee mit Atomwaffen ein, im Hinblick auf die Gefahren, die der westlichen Welt, und deshalb auch der Schweiz, durch die mit Atomwaffen ausgerüstete Sowjetunion drohen. Der Antrag des Parteipräsidenten Bringolf, in einer Resolution einläßlich begründet, empfiehlt, zurzeit von einer Beschlußfassung für oder gegen die Beschaffung von Atomwaffen ab-

zusehen. Es sei zuerst die weitere Entwicklung im allgemeinen, die Stellungnahme des Bundesrates und ein allfälliger Antrag des Bundesrates an die Bundesversammlung abzuwarten. Zurzeit liegt ein solcher Antrag nicht vor. Der Antrag Bringolf enthält als *conditio sine qua non* den Vorbehalt, daß durch die Beschaffung von Atomwaffen die Unabhängigkeit des Bundes und die Aufrechterhaltung der militärischen Neutralität unter keinen Umständen angetastet werden dürfen. Die letzte Entscheidung, für den Fall eines Beschlusses der Bundesversammlung im bejahenden Sinn, müßte nach Antrag Bringolf dem Schweizervolk vorbehalten bleiben. Überdies empfiehlt der Antrag Bringolf die Einsetzung einer Studienkommission der Partei, die alle Seiten des schwerwiegenden Problems im Anschluß an den außerordentlichen Parteitag gewissenhaft zu prüfen hätte.

In einer ersten Eventualabstimmung standen sich die im Prinzip übereinstimmenden Anträge Giovanoli/Brandt einerseits und der Antrag Nägeli anderseits gegenüber. Mit 31 gegen 20 Stimmen wurde der Antrag Nägeli vorgezogen. In einer zweiten Eventualabstimmung war über die Anträge Nägeli und Bringolf zu entscheiden. Auf den Antrag Nägeli entfielen 26, auf den Antrag Bringolf 27 Stimmen. Zur Hauptabstimmung verblieben der Antrag Bringolf und der Antrag Arthur Schmid. Der Parteivorstand entschied sich schließlich mit 47 Stimmen für den Antrag Bringolf, während auf den Antrag Arthur Schmid keine Stimme entfiel (5 Enthaltungen).

Sämtliche Anträge, die der Parteivorstand beriet und zuhanden des außerordentlichen Parteitages entschied, werden den Sektionen zur Kenntnis- und Stellungnahme übermittelt. Überdies wird den Sektionen ein weiteres ergänzendes Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Mit dem Referat am außerordentlichen Parteitag wurde Parteipräsident Bringolf beauftragt.

Der Parteivorstand nahm ferner Stellung zur bevorstehenden Abstimmung über die *Initiative des Landesrings zur Einführung der 44-Stunden-Woche im Fabrikgesetz*. Da die zuständigen Instanzen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erst im Laufe des Monats August Stellung beziehen, verzichtete der Parteivorstand darauf, zuhanden des Parteitages eine Abstimmungsparole zu beschließen. Diese Beschlußfassung wird der nächsten Sitzung des Parteivorstandes, die vor dem außerordentlichen Parteitag stattfindet, vorbehalten. Als Parteitagsreferenten zur Frage der 44-Stunden-Woche sind in Aussicht genommen die Nationalräte Hermann Leuenberger und Otto Schütz.

Zur Frage der *Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts* nahm der Parteivorstand ebenfalls Stellung. Einmütig beschloß er, dem außerordentlichen Parteitag Zustimmung zur Vorlage der Bundesversammlung zu empfehlen. Mit dem Referat beauftragte der Parteivorstand die Präsidentin der Sozialdemokratischen Frauengruppen der Schweiz, Hedi Leuenberger-Köhli.

Der Parteivorstand nahm einen Bericht über die *Vorbereitung einer Volksinitiative für die Verbesserung der AHV-Renten* entgegen. Er beschloß, dem außerordentlichen Parteitag die Lancierung einer Verfassungsinitiative, die die gesetzlichen Bundesbeiträge an die AHV erhöht und dadurch die entscheidenden Voraussetzungen für eine Verbesserung der AHV-Renten schafft, zu beantragen.

Der Parteitag wird sich auch mit der *Frage der Einführung der Gesetzesinitiative im Bund* befassen. Der Parteivorstand empfiehlt dem Parteitag, gleichzeitig mit der AHV-Initiative ein Volksbegehren auf Einführung der Gesetzesinitiative zu lancieren.»

Die verschiedenen Anträge in der Atomfrage zeigen, wie stark die Meinungen hierüber in der SPS auseinandergehen. Es wäre jedoch verfehlt, zu glauben, daß dies nur bei den Sozialdemokraten der Fall sei. Die Frage der atomaren Bewaffnung der schweizerischen Armee bewegt zutiefst alle Volkskreise, und auch in den bürgerlichen und kirchlichen Reihen bestehen durchaus gegensätzliche Auffassungen. Das Atomproblem ist auch derart komplex, daß man es mit simplifizierenden Schlagworten nicht lösen kann. Die Diskussion muß deshalb offen bleiben und jeder Diffamierungsversuch gegenüber Andersdenkenden, wie er von der «NZZ» unternommen wurde, zurückgewiesen werden. Es gibt ja auch noch eine Reihe von Fragen, die durchaus unabgeklärt sind. Einmal ist es überhaupt höchst ungewiß, ob wir Atomwaffen, die wir nicht selbst herstellen können, vom Ausland erhalten werden, zweitens sind die Bedingungen nicht bekannt, die man allenfalls an solche Lieferungen knüpft, und drittens muß noch sehr gründlich untersucht werden, ob die Beschaffung derartiger Waffen mit den Grundsätzen unserer Neutralität und Unabhängigkeit vereinbar sind. Ist man sich dieser Schwierigkeiten bewußt, so erfährt die Auseinandersetzung über das Atomproblem von selbst eine Versachlichung, was nur von allseitigem Interesse sein kann.

Wie sehr die Schweiz Anlaß hat, im Propagandakrieg zwischen dem Westen und Osten ihre Unabhängigkeit zu wahren, zeigte sich an drei jüngsten Ereignissen, die mit fremden Gesandtschaften in Zusammenhang stehen. Das erste ist amerikanischen, die beiden letzteren östlichen Ursprungs.

Ende Juli veröffentlichte die amerikanische Nachrichtenagentur *United Press International* (UPI) einen Bericht ihres Direktors *Bartholomew*, wonach die Schweiz angeblich zum wilden Tummelplatz kommunistischer und arabischer nationalistischer Spione, Agenten und Verschwörer geworden sei. Der Staatsstreich in Irak sei in Bern ausgeheckt worden, und den Kommunisten stünde von der Schweiz aus wöchentlich eine Million Dollar zur Verfügung zur Bezahlung ihrer Agenten und Provokateure in den westlichen Demokratien. Diese Räubermeldungen der großen amerikanischen Nachrichtenagentur waren insofern gravierend, als Bartholomew sich auf Informationen berief, die er vom amerikanischen Botschafter in Bern, Henry J. Taylor,

erhalten haben wollte. Taylor, von der schweizerischen Presse und auch von Bundesrat Petitpierre zur Rede gestellt, bestritt in einem öffentlichen Dementi, die ihm zugeschriebenen Informationen gegeben zu haben, worauf Bartholomew prompt mit der Gegenerklärung herausrückte, er habe Taylor nicht unrichtig zitiert. Dementi steht also gegen Dementi, und man weiß nicht, wer der Lügner ist, Taylor oder Bartholomew. Für den Botschafter der USA, der weniger wegen seiner politischen Fähigkeiten als seiner persönlichen Verdienste bei der Wahlkampagne für Eisenhower auf diesen Posten berufen worden ist, bedeutet dieser Zwischenfall mehr als eine peinliche Angelegenheit. Sein Ansehen und seine Vertrauenswürdigkeit dürfte er bei uns erheblich eingebüßt haben, und vielleicht ist es nur eine Frage der Zeit, bis Washington mit einigem Anstand für ihn eine bessere Verwendung finden wird.

Streicht man am Bericht der UPI die groben Uebertreibungen und Unwahrheiten ab, bleibt die bekannte Tatsache bestehen, daß wie in anderen Ländern auch in der Schweiz fremde Nachrichtendienste aus verschiedenen politischen Lagern tätig sind, nicht nur östliche sondern auch westliche. Die schweizerische Polizei hat sich ununterbrochen mit Agenten solcher Nachrichtendienste zu befassen, die gelegentlich auch im Schatten fremder Gesandtschaften ihr Unwesen treiben. So mußte kürzlich der *tschechoslowakische Gesandtschaftssekretär Jaroslav Antos* wegen militärischer Spionage aus der Schweiz ausgewiesen werden. Im Zusammenhang mit dieser Affäre stand die Verhaftung des schweizerischen Oberleutnants *Hans Ulrich Berli*, mißratener Sohn eines verstorbenen Divisionärs, der, in eine makabre Liebesgeschichte mit einer tschechoslowakischen Reiseführerin verstrickt, den Tschechen Dokumente militärischen Inhaltes ausgeliefert hat.

Ein schwerer und bedauerlicher Zwischenfall spielte sich am 16. August auf einer anderen Gesandtschaft in Bern ab. An diesem Tage meldeten sich *zwei ungarische Emigranten*, André Papp und Sandor Nagy, als «Rückwanderer» bei der *ungarischen Gesandtschaft* und wurden in das Kanzleigebäude eingelassen, worauf sie dann plötzlich ihre Revolver zogen, das Personal damit in Schach hielten und versuchten, Dokumente zu entwenden. Es entwickelte sich darauf eine wilde Schießerei zwischen den Eindringlingen und dem Gesandtschaftspersonal, in deren Verlauf Sandor Nagy lebensgefährlich verletzt wurde. Erst mit auffallender Verspätung rief der ungarische Gesandte die Berner Polizei zu Hilfe, die prompt eintraf, die beiden Angreifer festnahm und abführte. Alles hatte sich in knapp zwei Stunden abgespielt. Mit hanebüchenen Behauptungen versuchte das ungarische Außenministerium in einer Protesterklärung die Verantwortung an diesem Zwischenfall den schweizerischen Behörden zuzuschieben. Das politische Departement und die schweizerische Presse in ihren Kommentaren wiesen diese Unverschämtheiten mit dem deutlichen Hinweis zurück, daß die wahren Verantwortlichen



dort zu finden seien, wo tragische Ereignisse Zehntausende von Ungarn gezwungen hätten, ihr Vaterland zu verlassen und im Ausland Asyl zu suchen. Andererseits ist an die Adresse der Flüchtlinge die Mahnung am Platz, ihre menschlich verständlichen Rachgefühle gegenüber dem Terrorregime ihrer Heimat nicht bei uns mit Aktionen gegen Gesandtschaften abzureagieren. Sie begehen damit nicht nur sinnlose Demonstrationen, die höchstens das Gegenteil dessen bewirken, was ihre Urheber bezwecken, sie mißbrauchen auch das schweizerische Gastrecht, verletzen unsere Rechtsordnung und bringen die Schweiz in außenpolitische Schwierigkeiten. Unser Asylrecht ist nicht dazu da, damit auf unserem Boden Emigranten Terror mit Terror vergelten.

P. S.

### *Außenpolitik*

In der durch *die amerikanisch-britische Militärintervention im Libanon beziehungsweise in Jordanien* bewirkten Verdüsterung der internationalen Lage zeigten sich erfreuliche Lichtblicke. Der russische Diktator Chruschtschew erklärte sich nach Besprechungen mit seinem chinesischen Kollegen Mao Tse-tung plötzlich bereit, den Nahostkonflikt anstatt von einer Gipfelkonferenz der Großmächte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen behandeln zu lassen. Demgemäß konnte die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 8. August in Neuyork zur dritten außerordentlichen Sitzung ihrer Geschichte zusammentreten, um die grundlegenden Probleme des Mittleren Ostens konstruktiv zu behandeln.

Generalsekretär Dag Hammarskjöld legte einen Friedensplan vor, welcher die folgenden Punkte umfaßt:

1. Eine gegenseitige Erklärung der arabischen Länder betreffend Nicht-einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.
2. Angemessene Maßnahmen unter der Ägide der UNO, um die Integrität und Unabhängigkeit des Libanon zu wahren und Jordanien behilflich zu sein, an der friedlichen und aufbauenden Entwicklung jener Region teilzunehmen.
3. Ein System wirtschaftlicher Zusammenarbeit, namentlich zwischen den Erdöl produzierenden Ländern und den Erdöl-Transitländern, sowie zur gemeinsamen Nutzung der Wasserkräfte der Region.

Der amerikanische Präsident Eisenhower beharrte in seiner einleitenden Ansprache darauf, daß es sich beim militärischen Eingreifen der USA nicht um Angriffshandlungen, sondern um von befreundeten Regierungen angeforderte Hilfeleistungen gehandelt habe. Seine Darlegungen ließen indessen den Schluß zu, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Großbritannien gewillt wären, an die Stelle der gegenwärtigen militärischen «Lösung» zu vereinbarende Maßnahmen politischer und wirtschaftlicher Natur treten zu lassen.

Ein norwegischer Resolutionsentwurf, der es den westlichen Großmächten erlaubt hätte, ihre Truppen ohne großen Prestigeverlust aus den besetzten Ländern zurückzuziehen, fand demgemäß bei den nichtkommunistischen Staaten guten Anklang. Er wurde auch von Frankreichs Vertreter unterstützt.

In der Sondersession vom 20. August, in deren Verlauf Rußlands Außenminister Gromyko nochmals scharfe Angriffe gegen die «militärische Aggression von Amerika und Großbritannien im Mittleren Osten» richtete und sie mit drohenden Bemerkungen gegen Israel verband, präsentierten indessen die Delegierten der zehn arabischen Mitgliedstaaten der UNO plötzlich eine eigene Entschliebung. Sie enthält eine Erklärung, wonach jeder Mitgliedstaat das in den andern Mitgliedstaaten vorhandene Regierungssystem respektiert. Die Vereinten Nationen werden zu Maßnahmen aufgefordert, die den baldigen Rückzug der fremden Truppen aus Jordanien und dem Libanon ermöglichen sollen. Das selbständige und gemeinschaftliche Auftreten der arabischen Länder zeigt, daß diese weder Vorposten des Westens gegen die Sowjetunion noch Bastionen Rußlands gegen die westliche Welt sein wollen.

Mit der einstimmigen Annahme der Resolution der arabischen Staaten durch die Generalversammlung der UNO erfolgte ein erster und wichtiger Schritt zur Sicherung des Friedens in diesem gefährlichen Raum.

Da man sowohl in Washington wie auch in London mehr und mehr zu erkennen scheint, daß sich – auf die Dauer gesehen – eine feindliche Position gegen den panarabischen Gedanken nicht aufrechterhalten läßt, könnten sich die im Eisenhower-Programm genannten bedeutenden Angebote zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaues im Nahen Osten als goldene Brücke zur weiteren Annäherung der verschiedenen Standpunkte erweisen. Dabei kommt der amerikanischen Diplomatie der Umstand zugut, daß die neue Regierung des Irak offensichtlich ernsthaft gewillt ist, alle internationalen Verpflichtungen zu respektieren, die Entscheidungen der UNO zu beachten und die für den Westen wichtigen Öllieferungen nicht zu unterbrechen.

Am 20. August billigte das Kabinett de Gaulle das von seinem Führer vorgelegte *Projekt einer neuen französischen Staatsverfassung*. Die Volksabstimmung darüber, der die Regierung den Charakter eines Plebiszits zu geben versucht, wird am 28. September durch 48 Millionen Stimmberechtigte erfolgen. Tritt die neue Verfassung in Kraft, würde der Präsident der Fünften Republik, also General de Gaulle, von 75 000 Wählern gewählt; die mehrheitlich aus den traditionell konservativen Provinzen stammen. In Zeiten des nationalen Notstandes wären ihm derart weitgehende Befugnisse eingeräumt, daß Frankreich wohl bald als autoritär regierter Staat bewertet werden müßte. Die demokratischen Kräfte Frankreichs, und nicht zuletzt die Sozialistische Partei (SFIO), stehen deshalb vor einer schweren Entscheidung und einer harten Bewährungsprobe.

F. E.